

70 JAHRE DEUTSCHER JOURNALISTEN-VERBAND *Zeitreise durch eine bewegte Geschichte*

Geburt mit Hindernissen

Mitten im Kalten Krieg, am 10. Dezember 1949, wurde in Berlin die Bundesorganisation der deutschen Journalisten-Verbände gegründet

VON ANDREAS CONRAD

Zusammenkünfte von Journalisten haben gemeinhin nichts Infernalisches an sich. Das Gründungsstreffen des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) am 10. Dezember 1949 in Berlin aber schon – zumindest soweit es das festliche Begleitprogramm betraf. In München hatte es einen handfesten Theaterskandal um Werner Egks Ballett „Abraxas“ gegeben. Der bunte Reigen hatte das Publikum in der Bayerischen Staatsoper begeistert, kirchliche und politische Kreise aber schockiert. Und CSU-Kultusminister Alois Hundhammer untersagte kurzerhand die Wiederaufnahme, besonders entriest über eine getanzte „Schwarze Messe“.

In der Städtischen Oper Berlin hingegen, damals zu Hause im Theater des Westens, lief das Skandalstück in der Saison 1949 ohne jede öffentliche Erregung. Am Abend des DJV-Gründungsstreffens erlebten dessen Teilnehmer als Gäste des

Man wollte an die Weimarer Traditionen des aufgelösten Reichsverbandes anknüpfen

Magistrats dort ausgerechnet eine „Abraxas“-Festgala. Werner Egk dirigierte, und gerade bei der orgastischen „Schwarzen Messe“ registrierte der Tagesspiegel demonstrierenden Beifall.

Auf die Gründung eines Dachverbandes hatten sich die bereits bestehenden Journalistenverbände Westdeutschlands und West-Berlins erst wenige Monate zuvor geeinigt und dabei Berlin als Gründungsort festgelegt. Angesichts der überstandenen Blockade ein politisches Signal, wie ohnehin der Zusammenschluss vor dem Hintergrund des immer eistigeren Kalten Krieges zu sehen ist. Vorbild war der bereits föderal aufgebaute, in der NS-Zeit gleichgeschaltete und 1945 aufgelöste Reichsverband der Deutschen Presse, an dessen Weimarer Traditionen man anknüpfen wollte. Das war mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Abgesehen von den anfangs desolaten Arbeitsbedingungen für Journalisten hatten die vier Siegermächte sehr unterschiedliche Vorstellungen vom Wiederaufbau des Pressewesens. Das beeinflusste besonders in Berlin die Anfänge der Verbandsarbeit massiv, die zum Spiegelbild des Ost-West-Konflikts wurden.

Im August 1945 fand im Rathaus Schöneberg eine vorbereitende Versammlung zur Gründung des Verbandes der Deutschen Presse statt, der im Oktober vom Alliierten Kontrollrat genehmigt wurde. Entsprechende Verbände in den Westzonen folgten erst Monate später. Allerdings stand die Berliner Gründung, aus



Sturm aufs Stadthaus. Die Sprengung der Stadtverordnetenitzung am 6.9.1948 durch hinbefohlene „Werktätige“ (gr. Bild) war einer der Auslöser für die Gründung des West-Berliner Presseverbandes. Erster Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes wurde Erich Klabunde (links auf dem kl. Bild oben, mit Stellvertreter Helmut Cron). Die Wahl fand im früheren Verlagsgebäude des „Telegraphen“ am Bismarckplatz statt (kl. Bild unten). Fotos: AP, dpa, Mike Wolff



der später der Verband der Journalisten der DDR wurde, klar unter sowjetischer Kontrolle: Der Verband, dem anfangs auch West-Berliner Journalisten sogar im Vorstand angehörten, war der Gewerkschaft „Kunst und Schrifttum“, die wiederum dem KPD-kontrollierten Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) zugeordnet worden. Das konnte nicht lange gut gehen, waren doch die Vorstellungen von Pressefreiheit in Ost und West diametral entgegengesetzt. Bemühungen „um eine politische neutrale Führung des Verbandes und um seine Entscheidungs-freiheit“ seien vergeblich gewesen, bilanzierte später das ehemalige Vorstandsmitglied Hans Dawill. Auch sei „von allen Funktionären eine Loyalitätserklärung verlangt worden, sich vorbehaltlos der Politik der kommunistischen Führung zu unterwerfen“, hieß es in einem Berliner Gruppe von West-Mitgliedern, die sich der Unabhängigen Gewerkschaftsopposition (UGO) angeschlossen hatte. Die UGO hatte sich Ende Mai 1948 vom FDGB abgespalten, wurde der Dachverband der West-Berliner Gewerkschaften.

Der Gipfel der Brutalität, mit der die Ost-Berliner Führung und die sowjetische Besatzungsmacht ihre Vorstellung

von Pressefreiheit durchzusetzen suchten, war mit der Verschleppung unliebsamer Journalisten erreicht. Auch der Tagesspiegel war betroffen: Am 6. September 1948 ließ die SED die Sitzung der noch Gesamtberliner Stadtverordneten im Neuen Stadthaus in Mitte sprengen. Die Partei wollte geplante Neuwahlen verhindern und schickte Kolonnen demonstrierender „Werkstätiger“. Danach durchsuchten Volkspolizisten und Sowjetsoldaten das Gebäude in der Parochialstraße und verschleppten Dutzende Menschen, darunter den 20-jährigen Tagesspiegel-Reporter Wolfgang Hanfke. Unter fadenscheiniger Anklage wurde er zur Haft in Sibirien verurteilt – wohl als Vergeltung für die kritische Berichterstattung der Zeitung. Erst 1955 kehrte er zurück.

Wenige Wochen nach dem Sturm aufs Stadthaus konstituierte sich im Westteil der Stadt der Presseverband Berlin, aus dem 1965 der Journalisten-Verband Berlin, noch später der DJV Berlin wurde, der sich derzeit im Fusionsprozess mit dem Journalisten-Verband Brandenburg befindet. Als rechtsgerichteter Überbleibsel einer Spaltung gibt es noch den DJV Berlin-Brandenburg – ein stetes Ärgernis für Bundes- wie Landesverband.

Zurück zu den West-Berliner Anfängen: Als Vorsitzenden wählte man Paul Löbe, zu Kaisers Zeiten wiederholt wegen Majestätsbeleidigung verurteilt, nun einer der Lizenzträger des West-Berliner „Telegraphen“. Nach dem langjährigen SPD-Abgeordneten und ehemaligen Reichstagspräsidenten ist das Bundesverbandesgebäude gegenüber dem Kanzleramt benannt.

Die Arbeit des West-Berliner Verbandes zielte anfangs auf existenzielle Probleme, die aus heutiger Perspektive banal erscheinen mögen. Man bot Mitgliedern etwa eine „Mangelwarekarte“ an, damit sie die nötigsten Arbeitsmaterialien wie

Die Vorstellungen von Pressefreiheit waren in Ost und West völlig anders

Farbänder, Schreib- und Kohlepapier erwerben konnten. Selbstverständlich wurde ebenso pflichtschuldigst wie vergeblich gegen die Verschleppung von Kollegen wie Hanfke protestiert. Und man bemühte sich um die Gründung eines Dachverbandes, dabei vor allem unter-

stützt von der Berufsvereinigung Hamburger Journalisten und ihrem Vorsitzenden Erich Klabunde. Am 10. Dezember 1949 hatten diese Bemühungen Erfolg.

Zwölf Landesverbände hatten Vertreter nach Berlin entsandt, 110 Delegierte für insgesamt 4852 westdeutsche und West-Berliner Journalisten. Die Landesverbände trafen sich vormittags im Presseheim in der Lyanstraße 21 in Grunewald für den juristischen Gründungsakt. Später wurde dies im Rahmen der Delegiertenversammlung im Kinosaal des „Telegraphen“ bejubelt und der Vorstand gewählt. Den Vorsitz übernahm Erich Klabunde. Die Zeitung war 1947 ins Gebäude des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes am Grunewald Bismarckplatz gezogen, heute genutzt als Nebensitz des Umweltbundesamtes.

Abends ging es zu „Abraxas“, tags darauf folgte ein Festakt im Studentenhaus am Charlottenburger Steinplatz. Bürgermeisterin Louise Schroeder übermittelte Glückwünsche des West-Magistrats, Vizebundeskanzler Franz Blickei die der Bundesregierung. Auch ein Gruß von Theodor Heuss wurde verlesen. Adenauer hatte schon vorher telegraphiert. Anschließend skizzierte Klabunde die wich-

tigsten Aufgaben des Verbandes, die er in der Schaffung einer Pressegesetzgebung, der Förderung des Nachwuchses und der Sicherung der Altersversorgung sah.

War also der Verband aus der Situation des Kalten Krieges geboren, so wirkte dieser auch danach in die Arbeit hinein. Im September 1950 beschloss der Bundesvorstand, die Landesverbände mögen ihre kommunistischen Mitglieder ausschließen. Die kompromisslose Haltung richtete sich auch gegen den Tagesspiegel: Der Vorstand des Landesverbandes monierte 1951 gegenüber Chefredakteur Erik Regger, dass einer Journalistin „die Spalten des Tagesspiegels“ geöffnet wurden, die „bis in die jüngste Zeit die demokratischen Einrichtungen der westlichen Welt in der kommunistischen Presse in äußerster scharfer Form angegriffen“ habe. „Im Freitagskampf Berlins“ sei das nicht tragbar.

Regers Antwort fiel knapp aus: Er habe vom Brief Kenntnis genommen und sei „überzeugt, dass der Presseverband damit nicht beabsichtigt, sich in die Führung einer Zeitung einzumischen, die für ihre Politik Gründe und Überlegungen hat, die, obwohl kritisiert, doch respektiert werden müssen. Mit vorzüglicher Hochachtung“.

Revolution in den Redaktionen

Wie erging es DDR-Journalisten nach der Wende von 1989? Bei der Integration in die neue Republik halfen auch westdeutsche Journalisten-Verbände

Medien haben in der DDR eine wichtige Rolle gespielt, frei waren sie aber nicht. Nach der Wende waren die Unterschiede in Arbeitsweise und Mentalität unübersehbar. Während sich in der Bundesrepublik 1949 der DJV gründete, organisierten sich ostdeutsche Journalisten im Verband der Journalisten der DDR (VDJ). Neun von zehn waren VDJ-Mitglieder, jeder Achte SED-Mitglied. Der heutige Vorsitzende des Journalistenverbands Berlin-Brandenburg (JVB) erinnert sich an diese Zeit: „Der VDJ war ein treuer Diener der DDR“, sagt Christian Walther.

In der DDR ist das Berufsbild des Journalisten klar vorgezeichnet und durch den VDJ geprägt. „Die Zentrale Ausbildungsstätte für Journalisten in Leipzig, das sogenannte Rote Kloster, orientierte sich an einer Lehrschrift von Lenin“, erklärt Walther. Darin nimmt die Presse die Rolle des kollektiven Propagandisten, Agitatoren und Organisators ein. Die Medien sollen zwar Wissen vermitteln und

aufklären, sind aber zentral gesteuert. „Chefredakteure wurden von der Regierung beauftragt und bekamen zentrale Weisungen“, so Walther. Redaktionen hatten lediglich Zugriff auf die Nachrichtentagentur der DDR, den Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN), gehabt. Dieser veröffentlicht Weisungen, Sprachregelungen und Mitteilungen darüber, über welche Themen nicht berichtet werden sollte.

Doch im Oktober 1989 beginnt die Revolution auch in den Redaktionen. Nach der Wende stellen die Journalisten alles auf den Kopf und genießen eine Phase der Freiheit und Experimentierlust. „Die Leute waren handwerklich sehr gut ausgebildet und teilweise grandiose Stilisten“, sagt Walther. „Sie haben also geschaut, wie sie in der neuen Republik journalistisch arbeiten können.“ Denn mit der DDR bricht auch ihr Mediensystem zusammen, der VDJ löst sich 1990 auf. „In den Jahren 1991/92 seien laut Walther



Schulter an Schulter. Die Medien in der DDR – hier die Neue Deutsche Presse – waren zentral von der Regierung gesteuert. Nach 1989 wurden viele Zeitungstitel eingestellt. Foto: Christian Walther

Zeitungstitel in Serie eingestellt worden, etwa Der Morgen, Die Tribüne und die Neue Berliner Illustrierte. Von 528 Zeitungstiteln im Jahr 1989 wurden fünf Jahre später nur 41 Prozent weitergeführt. „Viele haben aus dieser Situation heraus keinen Weg mehr gefunden ins Berufsfeld des Journalismus“, sagt Walther.

Eine besondere Herausforderung: Die gravierenden Unterschiede zum unabhängigen westdeutschen Journalismus. Viele Menschen haben in diesen Jahren tatsächlich ihren Job verloren, anderen konnte man aber durch den DJV mit Seminaren oder Netzwerken Hilfestellung leisten. Das erleichterte die Integration erheblich: „Es wurde ein intensiver Versuch gemacht, zu einem kollegialen Austausch zu kommen“, so Walther.

Nach der VDJ-Auflösung entschieden die Mitglieder selbst, ob sie wieder einer Vereinigung beitreten wollten. Dabei hatten sie die Wahl zwischen der IG Medien im DGB und dem unabhängigen DJV.

Schnell wurden in allen neuen Bundesländern DJV-Verbände gegründet, der DJV-Vorstand von fünf auf sieben Mitglieder aufgestockt. Zudem wurden gemeinsame, deutschlandweite Projekte durchgeführt.

Doch das Zeitungsterben zieht sich bis heute fort, in der ganzen Republik, aber vor allem im Osten. Es zeigen sich Konzentrationsprozesse, Redaktionen werden zentralisiert. „Darunter leidet die Pressevielfalt, während der ökonomische Druck steigt“, sagt Walther. Zudem sei es nur wenigen Blättern gelungen, eine erfolgreiche Digitalstrategie aufzulegen. Folge: Einsparungen und Tariflucht. Der DJV aber lässt nicht locker: „Wir versuchen immer wieder, mit den Verlagen ins Gespräch zu kommen, aber das gelingt nicht immer ohne Weiteres.“ Der Journalismus steht weiter vor großen Herausforderungen. Ein deutschlandweiter Zusammenhalt bleibt also auch 30 Jahre nach der Wende wichtig.

GABRIEL RINALDI

Advertisement for the Basic Law (Grundgesetz) featuring a crowd of people and the text: „Der Moment, wenn du merkst, das ist DEINE Meinung.“ and #dankegrundgesetz. Includes the quote: „Jeder hat das Recht, seine Meinung [...] frei zu äußern und zu verbreiten...“ — Artikel 5. Website: Das Grundgesetz kostenlos bestellen auf bpb.de/danke-grundgesetz.

70 JAHRE DEUTSCHER JOURNALISTEN-VERBAND Ein Blick auf die Trends und Herausforderungen der Branche

„Für Kulturpessimismus gibt es keinen Anlass“

DJV-Vorsitzender Frank Überall über Wege in den Journalismus, Bezahlmodelle im Netz – und die Frage, ob Rezo in seinem Verband Mitglied werden könnte

Herr Überall, als Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes vertreten Sie 32.000 Journalisten in Deutschland. Wie sind Sie selbst zu dem Beruf gekommen?

Angefangen hat es bei mir in der Schule. Ein Freund konnte gut Comics zeichnen, ich hatte ein gewisses Talent zum Schreiben und habe die Texte zu den Karikaturen über unsere Lehrer geschrieben. Daraus wurde eine Klassen- und eine Schülerzeitung – da hatte ich Blut geleckt. Später fing ich beim „Kölner Wochenpiegel“ an, dessen Chef der Meinung war, dass auch Anzeigenblätter gute und exklusive Geschichten machen können. Das hat mir unheimlich viel Spaß gemacht. Über Stationen bei verschiedenen Zeitungen und als freier Mitarbeiter bei der Deutschen Presse-Agentur habe ich mit 22 Jahren

im Vor-Internet-Zeitalter. Ich konnte zum Glück sehr früh alle journalistischen Genres machen: Radio, Fernsehen, Print, Agentur, später Internet.

Doch wie verhält es sich für Menschen, die sich heute für den Journalistenberuf interessieren?

Es ist viel einfacher geworden, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, auch in nicht journalistischer Art. Die Frage ist: Wo gibt es Plattformen – egal ob gedruckt, als Podcast oder was auch immer –, auf denen Journalismus erwartet wird. Selbst ohne redaktionellen Partner kann man heute journalistisch arbeiten und sich einen Namen machen, auch wenn dies nur sehr wenigen gelingen wird.

Wo könnte man also starten?

Etwa in lokalen Blog-Projekten. Aber auch die klassische Tageszeitung vor Ort bietet sich weiter an. Nach wie vor ist es der Königsweg, im Lokalen anzufangen. Hier bekommt man ein Gespür für gesellschaftliche Abläufe und sieht, was Interessen in den Diskurs eingebracht werden. Eine bessere Schule als die lokale Leben kann es nicht geben, zumal man hier direkte Rückmeldungen bekommt.

Sicher gibt es neue Zugangsmöglichkeiten in den Journalismus. Aber nicht jeder, der auf YouTube etwas veröffentlicht, ist ein Journalist. Wo fängt Journalismus an?

Dort, wo die berufsethischen und handwerklichen Regeln eingehalten werden. Es gibt auch Spielarten wie Kommentar oder Essay, aber dann auf gesicherter Faktenbasis. Satire würde ich eher im Bereich der Kunst einordnen, trotz des oft vorhandenen journalistischen Kerns. Aber der eigentliche Journalismus lebt von einem berufspolitischen Kompass und anständigem Handwerk. Da ziehe ich die Grenze. Mich stört, dass die Unterscheidbarkeit heute oft nicht mehr gegeben ist.

Welche Rolle spielt der finanzielle Aspekt? Ist der Beruf auch daran gekoppelt, dass damit Geld verdient wird?

Journalismus als Beruf muss daran gekoppelt sein. Wir wollen hoch qualifizierte Journalisten haben, die die komplexen Abläufe in Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport durchblicken. Davon sollen wir Journalisten und Journalistinnen auch anständig leben können. Leider befinden wir uns heute in einer Situation, in der die Rezipienten tendenziell nicht mehr bereit



Eintauchen in die digitale Welt. Viele junge Menschen nutzen kaum noch klassische Medien.

Foto: picture alliance/Jens Kalauer

sind, dafür zu bezahlen. Und wo sich die Wirtschaft aus der Anzeigenfinanzierung zunehmend zurückzieht, weil sie glaubt, ihre Werbung in den sozialen Netzwerken besser skalieren zu können. Dabei machen sie sich offenbar keine Gedanken, was dies für das gesellschaftliche Leben bedeutet. Die Finanzierung ist die große Herausforderung für die Zukunft, für die ich leider kein Patentrezept habe.

Und was ist mit dem Youtube-Blogger, der an den Werbeerlösen beteiligt wird?

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass viele junge Menschen klassische Medien kaum noch nutzen. Aber auch ich habe im Alter von 14 Jahren nicht unbedingt die „FAZ“, die „Süddeutsche“ und den „Tagesspiegel“ durchgelesen. Es gibt somit keinen Anlass für Kulturpessimismus. Es gibt vielmehr viele neue Darstellungsmöglichkeiten bis hin zu News-Ga-

mes. Die Logik etwa von Computerspielen in ein journalistisches Storytelling zu übertragen, wird sich auch noch ergeben, wie auch mit Virtual Reality.

Oder eben Audio-Podcasts.

Wer sich die Entwicklung in den USA ansieht, erkennt, dass dies auch hierzulande noch viel heftiger kommen wird. Hier wird sogar Werbung zunehmend akzeptiert. Es kommt somit nicht unbedingt auf die Finanzierung an, solange sie unabhängig von den Inhalten ist. Klassisch gesprochen, dass zwischen Werbung und Redaktion getrennt wird. Da geht im Netz einiges durcheinander. Das ist vor allem deshalb problematisch, weil viele Jüngere so sozialisiert werden, dass Kosmetik-Bloggerinnen gleichzeitig Werbung für verschiedene Produkte machen. Als Tagessetzer würde man sich dafür sofort vorm Presserat wiederfinden.

Inwieweit hat sich der DJV schon für die neuen Arten von Journalismus geöffnet?

Das wächst erst langsam. Vor einiger Zeit hieß es noch: Blogger können keine Journalisten sein. Das mag damals angemessen gewesen sein, ich bin jedoch davon überzeugt, dass das nicht mehr gilt. So bald jemand das hauptberuflich und nach allen Regeln der Kunst macht, ist er natürlich Journalist. Aus der Historie tut sich der Verband etwas schwer damit, die Authentizität in dieser Zielgruppe wiederzugewinnen. Da holen wir jetzt auf, mit Mitgliedern wie den Nordstadt-Bloggern aus Nordrhein-Westfalen, mit Correctiv und mit DJV-Mitglied Tilo Jung, der auf unserer Jubiläumsfeier eine Rolle spielen wird.

Hätte Rezo mit einem Mitgliedsantrag Aussicht auf Erfolg?

Zunächst einmal muss ich gestehen, dass ich ihn vor dem CDU-Video auch nicht

kannte, obwohl er bei extrem jungen Menschen sehr beliebt war. In einer ersten Reaktion auf seine Kritik an den Medien habe ich zudem überreagiert und mich später entschuldigt, wir haben uns danach auch getroffen. Als Journalist würde ich ihn nicht bezeichnen, das würde er aber wohl auch selbst zurückweisen.

Aber könnte er DJV-Mitglied werden?

Mir, also der zuständige Landesverband, müssten uns dafür etwas intensiver mit seiner Arbeit beschäftigen. In unserem Gespräch haben wir uns tatsächlich darüber ausgetauscht, ob jemand wie Rezo in eine Journalistengewerkschaft gehört. Ich habe ihn jedenfalls herzlich dazu eingeladen, sich von dem Gedanken zu lösen, Gewerkschaften seien nichts für ihn und die Youtube-Branche. Ich kann mir sehr wohl Kooperationen vorstellen. Die Grenzen werden ohnehin verschwimmen.

Wenn es darum geht, jüngere Zielgruppen zu erreichen, können die Medien von deren Kompetenz doch nur profitieren.

Es geht jedoch auch um die Frage, ob das Journalismus oder Verleger sind und somit darum, in welchem Verband sie besser aufgehoben sind. Das ist eine spannende Frage der Zukunft.

Ein andere spannende Frage ist, ob es der richtige Weg ist, wenn immer mehr Medien für Ihre Online-Angebote Geld verlangen?

Der Journalismus ist ein weites Feld. Beim niederländischen Projekt „De Correspondent“ sind Leser bereit, für lange, gut recherchierte Stücke gerne zu zahlen. Aber wir müssen aufpassen, dass Journalismus nicht zum reinen Elitenprodukt wird.

Also mehr Chance oder mehr Risiko?

Eine Chance ist es, wenn es richtig gemacht wird. Wir können viel von der Musikindustrie lernen, die einfache Bezahlmodelle etabliert hat, auch mit Flatrate-Modellen. Das ist anfangs vielleicht nicht der große Schluck aus der Pulle, aber zumindest ist nicht zu hören, dass alles dramatisch den Bach runtergegangen sei. Darum habe ich die Hoffnung, dass auch wir funktionierende Modelle finden. Wir dürfen die Menschen nicht komplett von seriös gemachter Information abschneiden. Aber wer mehr will, wird künftig auch bezahlen müssen.

— Das Gespräch führte Kurt Sagatz



Frank Überall, 48, ist Politologe und als freier Journalist vor allem für den Rundfunk tätig. Seit 2012 lehrt er im Fachbereich Journalismus und Kommunikation an der HMKW in Köln.

beim WDR angefangen. Dabei habe ich es immer geliebt, freier Journalist zu sein. Die einzige Festanstellung, die mir genug finanzielle Unabhängigkeit gibt, ist seit sieben Jahren die Professur an der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (HMKW) in Köln.

In welcher Form sind Sie beim DJV ange stellt?

Ich wurde vor vier Jahren zum Vorsitzenden gewählt. Das ist ein Ehrenamt, für das mich nun erneut kandidiere. Von der Aufwandsentschädigung kann und soll man nicht leben. Das ist völlig in Ordnung, auch wenn das Amt sehr raumgreifend ist.

Wie man an Ihnen sieht, gibt es die unterschiedlichsten Ausgangspunkte für eine Karriere im Journalismus. Was empfehlen Sie heutigen Berufseinsteigern?

Zunächst einmal: In den 80er Jahren waren Anzeigenblätter in einigen Regionen vollwertige publizistische Angebote mit einem spannenden redaktionellen Konzept. Man darf nicht vergessen: Das war

Von Schreibern, Sprechern und Seitenwechslern

Während Printmedien seit Jahren kriseln, wird Pressearbeit für immer mehr Journalisten interessant. Über das Verhältnis, die Themen und die Unterschiede

Journalist? Für viele ist das immer noch ein Traumberuf. Berufszweig Pressesprecher? Das kommt dann vielleicht nicht ganz so oft vor, obwohl das eine mit dem anderen immer stärker zusammenhängt. Was sich durchaus auch in der Mitgliederstruktur des DJV niederschlägt: „Wir schätzen, dass etwa 15 Prozent unserer 32.000 Mitglieder hauptberuflich als Pressstellenjournalisten arbeiten“, sagt DJV-Sprecher Hendrik Zörner. Tendenz steigend. Auch eine Folge davon, dass in den vergangenen Jahren feste Stellen in der angespannten Printbranche abgebaut wurden und sich daher noch fest angestellte oder freie Journalisten umorientieren müssen. Immer mehr Freie wechseln entweder ganz in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder nehmen mehr Aufträge aus diesem Bereich an.

Was macht das mit dem Selbstverständnis des Journalisten? Und: Wie ist das Verhältnis zwischen Journalisten

und Pressesprechern, aus Sicht des DJV? Beide Gruppen sollten auf jeden Fall kooperieren, sagt Zörner. „Vor allem deshalb, weil sie aufeinander angewiesen sind.“ Wenn es optimal läuft, verstehe sich der Pressesprecher als Dienstleister für Journalisten. Das Gegenteil, nämlich Journalisten Informationen nicht zu liefern, zahle sich auf Dauer nie aus. Im Gegenteil: Das provoziert erst besonders akribische Recherchen.

Frägt sich als Zweites, wie ausgeprägt der Seitenwechsel aus Perspektive der Journalisten ist – wenn es denn ein Seitenwechsel ist, wie zum Beispiel bei Steffen Seibert, der 2010 vom ZDF-„heute-journal“ als Regierungssprecher ins Kanzleramt ging. Einen entscheidenden Unterschied müsse sich jeder Journalist klar machen, der über einen Wechsel in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nachdenkt, sagt Zörner: „Pressesprecher machen Auftragskommunikation. Sie sind in

erster Linie ihrem Arbeitgeber verpflichtet und nicht der Wahrheit und der kritischen Berichterstattung.“

Man kann es auch etwas anders sehen. „Ich bleibe Journalist, wenn ich Pressearbeit mit journalistischem Anspruch mache“, sagt Claudius Kroker, Journalist, Redenschreiber, Dozent für PR-Arbeit und Pressesprecher. „Also Pressemitteilungen schreiben, die relevante Informationen statt selbststillerischer Herumgeschwurbel liefern, wenn ich bei der Pressearbeit nicht nur das verständliche Interesse meines Auftraggebers oder meines Chefs berücksichtige, sondern ebenso das Interesse von Medien und Zielgruppen und die Arbeitsprozesse in Redaktionen.“ Kroker arbeite auch als Pressesprecher mit journalistischem Denken, wenn er Sorgfalt und Zuverlässigkeit vor Schnelligkeit setze. „Leider machen das auch nicht alle Journalisten und Redaktionen, ich lese immer wieder Beiträge mit in-



Im Rampenlicht. Steffen Seibert war ZDF-Moderator, bevor ihn Angela Merkel 2010 zum Regierungssprecher machte. Foto: AFP

haltlichen Fehlern oder tendenziös geschriebene Berichte, bei denen objektive Information und subjektive Bewertung verschwimmen.“ Pressesprecher und Journalisten sollten, so Kroker, gemeinsame Qualitätsziele verfolgen: konkrete und relevante Informationen in der Pressearbeit, Sorgfalt in der Berichterstattung, verständliche Darstellung und sachliche Information statt persönlicher Einflussnahme, um nur einige zu nennen. Was wollen die Pressstellen, was brauchen die Redaktionen? Wie geht das mit dem Autorisieren? Um solche Fragen eindeutig zu klären, eine gemeinsame professionelle Basis zu haben, könne der Austausch beider Schreibsicht-Seiten in einem Verband nur von Vorteil sein.

Ähnlich sieht das Matthias Olew, der seinen Job als Tagesspiegel-Redakteur mit dem des Sprechers der Berliner Bäder-Betriebe getauscht hat. Handwerklich habe sich relativ wenig verändert.

„Wie viele andere Unternehmen entwickeln die Berliner Bäder-Betriebe redaktionelle Formate von Zeitschriften über Blogs bis Kollegen-ApPs, die mit redaktionellen Inhalten gefüllt werden.“ Er sei eine Art Chefredakteur für unterschiedliche Medienformate geworden. Zum eigenen Erstaunen war das keine große Umstellung zur vorherigen Arbeit. Olew macht diesen Job jetzt seit über zehn Jahren. „Sehr zu schätzen habe ich übrigens gelernt, in einer tariflichen Bindung zu arbeiten, mit entsprechend fest geregelten Entgelten und vertraglich vereinbarten Lohn-Steigerungen“, sagt er.

Womit auch der DJV wieder ins Spiel kommt. Rechtsstreitigkeiten von Pressesprechern kommen laut Hendrik Zörner viel seltener vor als bei Journalisten. „Für unsere Landesverbände, die ja die Mitglieder betreuen, bedeuten Journalisten der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit weniger Beratungsaufwand und weniger Rechtschutzfälle.“ MARKUS EHRENBERG

ANZEIGE Teilnahme ab 18! Glücksspiel kann süchtig machen. Infotelefon BZgA: 0800 137 27 00

Advertisement for LOTTO Berlin. Text: „WO MAN ÜBERALL INS GESPRÄCH KOMMT.“ Includes the Lotto logo and website information: www.lotto-berlin.de #zumglückberliner